

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 16

Artikel: Der Fall der Prager Perestrojka
Autor: Svonar, Jan / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jan Svonar und Christian Brügger
zum Prager Frühling und seinem Ende vor zwanzig Jahren

Der Fall der Prager Perestrojka

Am 21. August 1968 bereitete die sowjetische Invasion dem «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» in der Tschechoslowakei ein Ende. Heute sehen wir – mutatis mutandis selbstverständlich – seine Wiederaufnahme in der UdSSR selbst.

Vergleicht man das, was die tschechoslowakischen Reformer 1968 machten und wollten, mit dem, was die sowjetischen Reformer heute machen und wollen, stellt man bestimmte Ähnlichkeiten und bestimmte Gegensätze fest.

Die abgenutzte Diktatur vorher

Gemeinsam ist die Vorgeschichte einer dogmatischen und zentralistischen Handhabung der Macht, um es im Sinne der kommunistischen Reformpolitiker zu sagen, oder einer totalitären Diktatur, um es im Sinne der zum Schweigen gebrachten Bevölkerungsmehrheit zu sagen.

Nach ihrer Machtergreifung von 1948 «sozialisierte» die Partei das politische und wirtschaftliche Leben ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse oder die Wünsche der Einwohner. Man enteignete das private Eigentum, man verstaatlichte alle Betriebe und Geschäfte bis auf das kleinste. Die Landwirtschaft wurde (nach der Ausweisung von 2,5 Millionen Sudetendeutschen) zwangsweise kollektiviert, was den Lebensstandard senkte. Die planwirtschaftlich kommandierte Industrie schleppte sich initiativlos dahin; Ersatzteile, Rohstoffe und Energie wurden zum Problem.

Die gewollten Disproportionen kamen hinzu. Schwerindustrie und Rüstungsindustrie hatten Vorrang vor Leichtindustrie und Konsumsektor mitsamt Dienstleistung.

Mit voller Absicht unterdrückt wurde das nationale Selbstbewusstsein. Ganz besonders totgeschwiegen wurde die Zeit von 1918 bis 1938 (plus die Periode von 1945 bis 1948), die Zeit

der tschechoslowakischen Demokratie. Interesse dafür wurde als «Nationalismus» gebrandmarkt, Interesse für das westliche Europa als «Kosmopolitismus», beides strafenswerte Feindeigenschaften. Demgegenüber förderte man den sogenannten «Internationalismus», was in der Praxis schlicht und einfach die sowjetische Massgeblichkeit bedeutete.

Das alles ging auf Kosten der Bevölkerung. Diese sah sich von den Versprechungen der angeblichen Revolution in materiellen Belangen getäuscht, und schlimmer noch war die Unfreiheit des einzelnen, die Unterdrückung jeder Meinung, die mit der KPTsch nicht konform ging. Die junge Generation verlor jedes Verständnis für die Parteidogmen, und die alte Generation war, soweit sie im Sozialismus überhaupt eine Hoffnung gesehen hatte, von der Wirklichkeit gründlich enttäuscht. Sichtbar wurde der Missmut gegen Ende der Periode 1948 bis 1967 vor allem bei der Intelligenzija und bei der Jugend, aber der stillere Groll der Arbeiter und Bauern war ebenfalls gross und machte die Unzufriedenheit allgemein.

Der «Prager Frühling»

Im Unterschied zur UdSSR hatte die ČSSR eine Vorgeschichte als demokratischer Rechtsstaat, der die Rechte und Freiheiten seiner Bürger respektierte. Deshalb merkten die Tschechoslowaken besser, was sie mit der Einführung der sogenannten Volksdemokratie und ihrer Einheitspartei verloren hatten. Ihr Vorsprung im vereinigten Aufbegehren gegen die ideologisch gerechtfertigte Lüge der Diktatur ist somit logisch.

In der ČSSR lief am Ende der Novotny-Ära eine Protestwelle der Intellektuellen gegen die Missstände im Land an. Im Juni 1967 kumulierte er in Prag beim Kongress der Schriftsteller, die sich endlich über die Probleme der Gesellschaft frei aussprechen wollten. Kurz zuvor hatte in der UdSSR Alexander Solschenizyn einen offenen Brief an den Moskauer Schriftstellerkongress geschrieben. Sein Schreiben prangerte die jahrzehntelange Unterdrückung der Literatur durch die Zensur an und mündete in den Satz: «Niemand kann der Wahrheit den Weg versperren.» In Moskau wurde er daran



A. Dubcek in einer legendären Aufnahme.



Nach dem 21. August 1968: In allen Städten zeigte die Bevölkerung aktiv, aber gewaltlos ihre Empörung.

gehindert, seine Botschaft vorzutragen, aber in Prag wurde sie unter Missachtung eines entsprechenden Parteiverbots vorgelesen: eines der Vorzeichen des kommenden Umbruchs.

Dabei gehörten viele tschechoslowakischen Schriftsteller, wie zum Beispiel Pavel Kohout, jener Literatengeneration an, die sich 1948 gegen die Bourgeoisie gestellt hatte, im Vertrauen auf die zukunftsweisende Rolle des Sozialismus und blind für die schnöden Tatsächlichkeiten, die er bis dahin schon produziert hatte.

Der eigentliche Prager Frühling dauerte vom 5. Januar (Ablösung Novotnys als Parteichef durch Dubcek) bis zum 21. August (Invasion) 1968.

Partei und «Sozialismus»

Nach dem Willen der kommunistischen Reformführung sollte die Tschechoslowakei selbstverständlich ein kommunistisch geführtes Land bleiben; etwas anderes kam angesichts der sowjetischen Vetomöglichkeit auch gar nicht in Frage, und das wusste man im ganzen Land.

Bei einer Umfrage vom Juli 1968, die auf die «Alternative» Beibehaltung des Sozialismus oder Rückkehr zum Kapitalismus reduziert war, sprachen sich logischerweise 89 Prozent für den Sozialismus aus, was immer darunter zu verstehen war. Im ökonomischen Sinn gab es nach der Verstaatlichung aller Produktionsmittel ohnehin keinen Kapitalismus mehr, den man hätte restaurieren können, und der diesbezügliche sowjetische Vorwurf war ein reines Alibi für die beabsichtigte Gewaltanwendung. Für die Tschechoslowakei war ein politisch neu verstandener Sozialismus, eben der «Sozialis-

mus mit menschlichem Antlitz», der einzig gangbare Weg für Veränderungen.

Nun war der reale Sozialismus nicht durch die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse charakterisiert, sondern durch das Machtmonopol der einen Partei, das heisst deren Führung. Da man die Formel von der führenden Rolle der Partei beibehalten wollte und musste, kam es darauf an, was inhaltlich mit ihr passierte. Tatsächlich kam es zu einer Art Negativdefinition: Führen heisst nicht kommandieren, nicht administrieren, nicht regieren, nicht Meinungsvorschriften erlassen. Der Akzent verschob sich auf die moralische Qualität: überzeugen, seine Ansicht im Wettbewerb der Ansichten als beste beweisen usw.

Das lief dem bisherigen Verständnis der Sache zuwider und war neu. Schon im Februar stellte

ein Leitartikel der zentralen Parteizeitung «Rude Pravo» fest: «Es kann sich also nicht um eine blosse «Vervollkommnung» der bisherigen politischen Leitung handeln, sondern um ihren schrittweisen Umbau.» Quasi ein Gorbatschow-Zitat vor seiner Zeit.

Im Anfang war die Wortbefreiung

Den Tatbeweis für diese Absicht lieferte die auffälligste Errungenschaft des Prager Frühlings: die faktische Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung.

Die Zensur wurde zwar erst im April gesetzlich abgeschafft, aber schon ab Januar/Februar 1968 bemächtigten sich die Medienschaffenden (die wie das ganze Land den Machtwechsel als geistige Wende begriffen) der Freiheit des Wortes. Im Ergebnis konnte (fast) jeder (fast) alles sagen und schreiben, was er wollte und dachte. Die Partei hatte diesen Glasnost-Ausbruch von unten zwar nicht befohlen, billigte ihn dann aber. Den Reformkräften kam er schliesslich zugute; die öffentliche Meinung stand ersichtlich hinter ihnen.

In der heutigen Sowjetunion ist medienbezüglich ein ähnliches Ergebnis auf eine andere Art zustande gekommen, und auch die übriggebliebenen Tabus sind anders motiviert; in der Tschechoslowakei von 1968 erheischte die politische Klugheit eine Selbstzensur aus Rücksicht auf den grossen Bruder.

«Seht ihr denn nicht . . .?»

Die damalige Sowjetführung stand dem Prager Januar-Kurs und seiner spontanen Weiterung zum Pluralismus fassungslos und feindlich gegenüber. Ob sie die Reform zugunsten des Sozialismus zu wenig oder zu gut begriff, ist Auffassungssache.

Selbstverständlich wollten die Prager Reformer (sogar abgesehen davon, dass sie keine Wahl hatten) einen «wirklichen» Sozialismus, und selbstverständlich wollte bei dieser Chance die



Den Leuten die Breschnew-Doktrin beibringen.

Bevölkerungsmehrheit auch den Sozialismus, vorausgesetzt nur, dass er das Gegenteil von dem zu werden versprach, was man bisher unter diesem Namen kennengelernt hatte.

Letztlich war der Streit um den «eentlichen» Sozialismus ein Streit um des Kaisers Bart. Das zeigt schon die Tatsache, dass die Begriffe von «Sozialismus» und «Antisozialismus» frei auswechselbar waren – und es eigentlich bis heute geblieben sind. Die damalige Position der beglaubigten Sozialismus-Verfechter war jedenfalls klar.

«Seht ihr denn nicht», schrieben am 15. Juli die Vertreter der fünf späteren Besatzungsmächte ihren tschechoslowakischen Parteikollegen, «dass die Partei die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse verliert und immer mehr vor dem Druck der antikommunistischen Kräfte zurückweicht?»

In seiner Antwort unterstrich das Prager Politbüro, dass «die KPTsch von der freiwilligen Unterstützung des Volkes abhängig» sei: «Sie erfüllt ihre führende Rolle nicht dadurch, dass sie über die Gesellschaft herrscht, sondern dadurch, dass sie der freien, fortschrittlichen, sozialistischen Entwicklung dient. Sie kann ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muss sie ständig durch Taten erwerben.»

Seit der Rede Gorbatschows vor dem ZK-Januar-Plenum 1987 ist diese Debatte auch inner-sowjetisch im Gang, wiewohl man sie dort nicht in dieser konfrontatorischen Härte abzuhandeln braucht, jedenfalls nicht auf Verlautbarungsebene; in Leserbriefen wird durchaus mit harten Bandagen gefochten, immer für den Sozialismus selbstverständlich, aber trotzdem oder gerade deshalb mit gegenteiligen Auffassungen.

Invasion und «Normalisierung»

Der militärische Einmarsch vom 21. August 1968 war die Fortsetzung der ideologischen Beweisführung mit andern Mitteln. Die dümmlichen Begleitlügen (man sei einer geplanten Besetzungsaktion durch die westdeutschen Revanchisten zuvorgekommen usw.) sind heute keiner Widerlegung mehr wert. Dubcek, Smrkovsky, Kriegel und Genossen wurden nach Moskau verschleppt und mussten dort einer «Normalisierung» im sowjetischen Sinn zustimmen. Sie fand danach auch statt, und ihre heutigen Verwalter sehen sich durch die politische Veränderung der sowjetischen Perestrojka desavouiert. Durch Konzentration auf die Subthematik des wirtschaftlichen Reformismus versuchen sie noch so zu tun, als merkten sie das nicht.

Unmittelbarer Anlass für den Einmarsch (oder jedenfalls für dessen Zeitpunkt) war sicherlich der geplante 14. Parteitag der KPTsch, für den September vorgesehen. Dort hätte man mit Sicherheit die sogenannten «Dogmatiker», das heisst die Befürworter der anhaltenden Diktatur, abgewählt und mit dem strukturellen Umbau im Ernst begonnen, mit unsicheren Folgen für den Sozialismus «an sich», aber mit

voraussichtlich zerstörenden Folgen wenigstens für den real existierenden Sozialismus.

Der Parteitag fand dann trotzdem statt, unter der Nase der Okkupanten in einer Prager Maschinenfabrik. Die slowakischen Delegierten wurden unterwegs abgefangen und mit Gewalt am Erscheinen verhindert. Trotzdem waren von den 1543 gewählten Delegierten nicht weniger als 1182 anwesend; da war deutlich zu sehen, wo die Parteibasis stand.

Der Kongress wurde auf sowjetisches Betreiben später natürlich für illegal erklärt. Zu ihrer Normalisierung bedienten sich die Besatzer einer weniger Anhänger und einer grösseren Zahl von Genossen, die Schlimmeres verhüten wollten. Monatelang gab es noch einen durchaus aktiven, wenn auch gewaltfreien Widerstand, der praktisch von der ganzen Bevölkerung getragen war. Der Kriegsakt selbst vollzog sich soweit unblutig; immerhin fanden etwa hundert Menschen durch sowjetische Schüsse oder Panzerraupen den Tod.

Die Niederschlagung des tschechoslowakischen Reformkurses hat ihre Folgen bis heute. Emigrationswelle, stille Verweigerung der Kulturträger im eigenen Land, Charta 77, Anfechtung des Sowjetsozialismus durch den teilweise ephemeren Eurokommunismus, all das gehört dazu. Dem Land war eine mittlere ökonomische Scheinblüte auf Kosten der Natur beschieden; die wachsende Umweltkatastrophe hat inzwischen die Sackgasse offenbar gemacht.

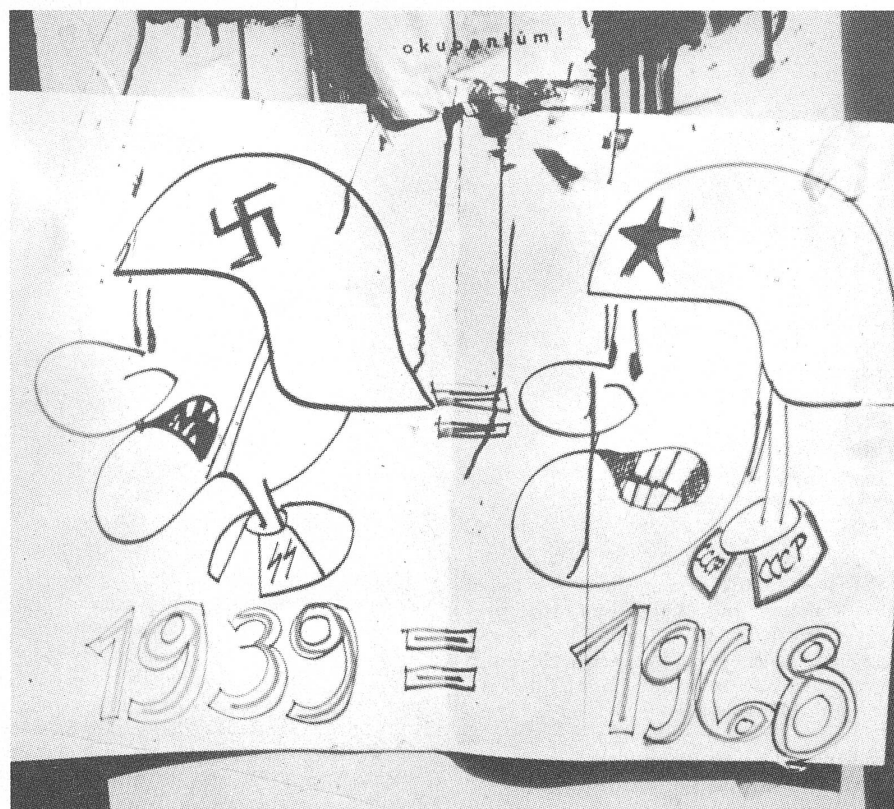
Politisch und gesellschaftlich hat eine Desillusionierung stattgefunden, die zur Aufbruchstimmung von 1968 maximal kontrastiert. Die Bevölkerung und insbesondere die Jugend hat ihr Interesse an jeglicher Art von Sozialismus oder sonstigen Ismen verloren; wenn sie sich überhaupt aktivieren lässt, dann am ehesten auf religiöser Basis, wie die Breitenentwicklung von 1988 zeigt. Da scheint der Faden zu 1968 gerissen.

Andere Piste zum neuen Anlauf

Indessen wird er heute geistig dort neu geknüpft oder mittelbar sogar wiederangeknüpft, wo man ihn als Fallstrick des Imperialismus ausgegeben hatte, in der Sowjetunion.

Natürlich stimmt die Binsenwahrheit von der Unvergleichbarkeit der Voraussetzungen. Es stimmt zuverlässig, dass die Sowjetunion 1988 nicht die Tschechoslowakei 1968 ist, aber: die Debatte ist in ihren grundlegenden Zügen die gleiche, wie auch das Hauptdilemma das gleiche ist: die Vereinbarkeit der bestehenden und diktatorisch angelegten Ordnung (Sozialismus genannt) mit der gewünschten Demokratie.

Es kann zur Zerreihsprobe kommen, und möglicherweise ist sie unvermeidbar. In einer Hinsicht immerhin lässt sich aus den andersliegenden Gegebenheiten ein Trost gewinnen: Was immer der Perestrojka droht, ein Ende durch den Einmarsch brüderlicher Armeen droht ihr nicht. ■



Nach dem Überfall wandelten Strassenzeichnungen in vielen Variationen das Thema der nationalsozialistischen und der sowjetsozialistischen Identität ab.